Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/7077

09. 05. 90

Sachgebiet 111

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Erklärung der Bundesregierung

zur Sondersitzung des Europäischen Rats am 28. April 1990 in Dublin

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft haben am 28. April 1990 in Dublin den deutschen Einigungsprozeß begrüßt und sich für eine schnelle und harmonische Einbeziehung der DDR in die EG ausgesprochen. Sie haben beschlossen, daß die EG-Kommission in vollem Umfang in die Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR über die Rechts- und Politikangleichung einbezogen werden und Vorschläge für notwendige Übergangsregelungen vorlegen soll.

Darüber hinaus haben sich die Staats- und Regierungschefs mit der deutsch-französischen Initiative für eine Politische Union befaßt und sie zum Anlaß genommen, die EG-Außenminister zu beauftragen, bis zum nächsten Europäischen Rat im Juni konkrete Vorschläge für die Ausgestaltung der Europäischen Union zu erarbeiten, die dann auf einer Regierungskonferenz beraten werden sollen.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

I.

1. ihre restriktive Haltung gegenüber der Beteiligung der Regierung der DDR an den Beratungen zur Einbeziehung der DDR in die EG aufzugeben. Die Einbeziehung der DDR in den Rechts- und Wirtschaftsraum der EG muß von den beiden deutschen Regierungen mit der EG-Kommission ausgehandelt und von Bundestag und Volkskammer wie auch vom Europäischen Parlament parlamentarisch begleitet werden;

2. sich gemeinsam mit der Regierung der DDR gegenüber der EG-Kommission und dem Ministerrat dafür einzusetzen, daß
   - die Gemeinschaft der Bundesrepublik Deutschland für eine angemessene Übergangszeit die volle Beihilfefreiheit für die Deckung der Anpassungskosten der DDR an den EG-Binnenmarkt gewährt,

— die DDR ohne Übergangszeit in die Regelungen des EG-Agrarstrukturfonds sowie in die Forschungsprogramme der Gemeinschaft einbezogen wird,

— für die Außenhandelsverpflichtungen der DDR durch Neuverhandlungen Regelungen getroffen werden, die vor allem auch zu einer Stabilisierung und Stärkung der Verhältnisse in Mittel- und Osteuropa beitragen,

— die DDR ohne Übergangsfrist voll in die Regelungen der Freizügigkeit für Personen in der EG einbezogen wird,

— Übergangsregelungen für bestimmte Bereiche, wie z. B. Landwirtschaft, Sozial- und Umweltpolitik vorgesehen werden;

II.

1. sich im Ministerrat aktiv an der Ausarbeitung der Vorschläge für die Europäische Union zu beteiligen, um der deutsch-französischen Initiative Konturen und Inhalte zu geben. Die dafür geplante Regierungskonferenz muß ihre Arbeiten Anfang 1991 aufnehmen.

   Neben der Stärkung der Effizienz der EG-Institutionen muß das demokratische Defizit in der EG abgebaut werden. Das Europäische Parlament muß die Rechte erhalten, die einer frei gewählten Volksvertretung in einer Demokratie zustehen;

2. darauf hinzuwirken, daß eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik fester Bestandteil der Europäischen Union wird;

3. sich im Rat dafür einzusetzen, daß die Gemeinschaft möglichst schnell ein Konzept für eine gesamteuropäische Zusammenarbeit erarbeitet, die die Mitgliedstaaten der EFTA und die Staaten Mittel- und Osteuropas einbezieht.

   Die Stufen der Zusammenarbeit sollen über die Assoziierung zur vollen Mitgliedschaft und schließlich zur Gesamteuropäischen Union führen.

Der Deutsche Bundestag hat in der Vergangenheit in zahlreichen Entschließungen immer wieder die Weiterentwicklung der Gemeinschaft zu einer Politischen Union gefordert. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, tritt der Deutsche Bundestag dafür ein, die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa in der künftigen Verfassung des vereinigten Deutschlands zu verankern.

Bonn, den 8. Mai 1990

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333